

## Mittelfristige Perspektiven der Weltwirtschaft

### Langfristige Aspekte

In den abgelaufenen drei Jahrzehnten expandierte die Weltwirtschaft in einem bis dahin nicht gekannten Maß. Das Produktionsvolumen der industrialisierten Länder wuchs in den höchstentwickelten Staaten, besonders in den USA, im Durchschnitt jährlich um 4%, in Westeuropa um fast 5% und in Osteuropa um 6%, d. h., es verdoppelte sich in Zeiträumen von 10 bis 18 Jahren. Auch in den Entwicklungsländern erreichten die Wachstumsraten im Durchschnitt 4% bis 5% pro Jahr. Dort nimmt allerdings im Gegensatz zu den Industrieländern die Bevölkerung noch rasch zu, so daß das Pro-Kopf-Produkt zum Teil deutlich langsamer stieg. Die Industrieländer konnten die Realeinkommenssteigerung bei rückläufigem Arbeitsvolumen, unterdurchschnittlich steigendem Energie- und Rohstoffeinsatz sowie etwa proportionalem Kapitaleinsatz erzielen.

Obschon sich die Versorgung der Weltbevölkerung mit Gütern und Dienstleistungen zweifellos gebessert hat, herrschen im Weltmaßstab nach wie vor gewaltige Wohlstandsunterschiede. Auch innerhalb der Industrieländer ist der Lebensstandard bestimmter Bevölkerungsschichten nach wie vor unbefriedigend. Das kräftige Produktionswachstum hat außerdem zu neuen Problemen geführt, die bald gelöst werden müssen. Insbesondere wird angesichts der hohen Wachstumsraten die natürliche Begrenztheit einzelner nicht reproduzierbarer Rohstoffe deutlicher bewußt als früher.

Von verschiedenen Seiten wird befürchtet, daß die rasante Entwicklung von Produktion und Verbrauch zu einem Zusammenbruch der heutigen Zivilisation führt. Man fordert daher, das weitere Wirtschaftswachstum möglichst bald zu unterbinden und die bestehenden krassen Ungleichgewichte im gegebenen Rahmen zu beseitigen. Diese pessimistischen Ansichten gehen zweifellos von falschen Voraussetzungen aus. Richtig ist allerdings, daß der Bedarf der Menschheit an natürlichen Rohstoffen nicht zu jeder Zeit und in jeder Region der Erde sichergestellt ist, daß Mängel der zwischenstaatlichen und innerstaatlichen Kooperation die reibungslose Versorgung stören können und auch, daß die notwendigen Investitionsentscheidungen verzögert oder gar verhindert werden können, wenn sich die öffentliche Meinung durch die Verbreitung dieser Panikstimmung irreführen läßt.

Davon abgesehen scheint aber eine weitere Steigerung der Güterproduktion mit der heute anwendbaren

Technologie und bei den bekannten oder mit hoher Wahrscheinlichkeit vermuteten Lagern an Energieträgern und mineralischen Rohstoffen für einen Zeitraum von mehreren Jahrzehnten, für den Prognosen überhaupt einigermaßen vernünftig erscheinen, gesichert zu sein. Gegen eine endgültige Erschöpfung aller Lagerstätten spricht vor allem das Wirken ökonomischer Anpassungsmechanismen:

1. Erst die Verknappung einzelner Produkte lohnt die Suche nach neuen Lagerstätten, die Entwicklung von Substitutionsprodukten und auch die sparsamere Verwendung einschließlich der Wiederverwendung der bekannten Rohstoffe (Reserven werden entdeckt, wenn sie benötigt werden). Der spezifische Energie- und Rohstoffverbrauch der Industrieproduktion war schon bisher bei tendenziell sinkenden Energie- und Rohstoffpreisen rückläufig<sup>1)</sup>.

2. Die relative Verteuerung von Gütern, in denen knapper werdende Rohstoffe enthalten sind, löst überdies Umschichtungsprozesse der Nachfrage aus, die den Verbrauchszuwachs verringern. Auf längere Sicht ist es durchaus denkbar und sogar wahrscheinlich, daß die stark materialintensive Produktion der heutigen Zeit durch eine Wirtschaftsstruktur abgelöst wird, die sich auf die Produktion von Dienstleistungen stützt.

Da langfristige Zukunftsperspektiven von vielen außerökonomischen Bestimmungsgründen abhängen, sind einigermaßen begründbare Wirtschaftsprognosen derzeit nur etwa bis zum Jahr 1990 verfügbar. Sie rechnen mit den konventionellen Maßstäben der Wirtschaftstätigkeit, insbesondere dem Begriff des Brutto-Sozialproduktes. Diese Vorausschätzungen gelangen überwiegend zum Ergebnis, daß sich der Zuwachs des realen Sozialproduktes zumindest in den industrialisierten Staaten in den nächsten ein- einhalb Jahrzehnten tendenziell verlangsamen wird. Dafür sind vor allem maßgebend:

1. Die gesamtwirtschaftlichen Produktivitätseffekte, die von der Umschichtung der Agrarbeschäftigung in industrielle Bereiche der Wirtschaft ausgingen, kommen in den achtziger Jahren allmählich zum Stillstand, weil dann jene minimalen Agrarquoten erreicht sein werden, wo die Bevölkerung mit land- und forst-

<sup>1)</sup> In den höchstentwickelten Staaten der Erde betrug die Einkommenselastizität der Nachfrage nach Energie in den letzten Jahren durchschnittlich 0,85, in Ländern mit niedrigem Pro-Kopf-Einkommen (unter 900 \$ pro Kopf 1965) jedoch noch 1,79. Siehe: J. Darmstadter et. al.: Energy in the World Economy, Resources of the Future, John Hopkins Press 1971.

wirtschaftlichen Produkten bei annähernd gleicher Produktivität wie in der Industrie versorgt wird. In Westeuropa wird 1990 die Agrarquote (Anteil der Landwirtschaft an den Beschäftigten und am Brutto-Inlandsprodukt) bei 4% liegen.

2. Gleichzeitig wird sich die Nachfrage und die Produktion mehr und mehr auf die Dienstleistungssektoren verlagern, in denen sich ähnlich hohe Produktivitätsgewinne wie in der Sachgüterproduktion nicht erzielen lassen.

3. Längerfristig scheint sich in den industrialisierten Ländern eine Tendenz sinkender Produktionszuwächse durch Neuinvestitionen abzuzeichnen. In den meisten Ländern ist der Anteil, der vom Sozialprodukt für Brutto-Investitionen aufgewendet wird, deutlich gestiegen, die Wachstumsraten hingegen blieben annähernd unverändert. Über die Ursachen der nachlassenden Kapitalproduktivität neuer Anlagen ist allerdings wenig bekannt. Es wird vermutet, daß von übermäßigen Ballungstendenzen der Bevölkerung und der Produktion negative Effekte ausgehen oder auch, daß die fortschreitende volkswirtschaftliche Arbeitsteilung zum Teil bereits in die Zone sinkender Grenzerträge geraten ist, oder eben, daß sich der ökonomisch nutzbare technische Fortschritt allmählich verlangsamt.

4. Eine stärkere Bedachtnahme auf den Schutz der Umwelt vor negativen Einwirkungen der Produktion erhöht die betriebs- und volkswirtschaftlichen Kosten, nicht aber die in der bisherigen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung erfaßbare Produktion, weil der Output zunehmend in immateriellen Gütern besteht, die keinen Markt haben. Damit ergeben sich tendenziell sinkende Zuwächse des Sozialproduktes. Schon in wenigen Jahren dürfte allerdings zusätzlich zur bisherigen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ein statistisches System international empfohlen werden, das für die Wohlfahrtsmessung geeigneter ist als das Konzept der marktgängigen Produktion des Sozialproduktes.

Seit sich die weltwirtschaftliche Lage in den letzten Jahren einschneidend geändert hat, sind nur noch wenige längerfristige Wirtschaftsperspektiven (etwa bis 1990) veröffentlicht worden. Nur Projektionen des Energiebedarfes unter vorgegebenen Annahmen über das Wirtschaftswachstum<sup>1)</sup> gibt es in großer Zahl. Ähnlich gut dokumentiert sind auch die künftigen Trends der demographischen Entwicklung, die zum Teil aus Anlaß der UN-Weltbevölkerungskonferenz in Bukarest (1974) erstellt wurden.

Die Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa in Genf (ECE) kam jüngst an Hand eines

<sup>1)</sup> In jüngster Zeit etwa: *OECD: Energy Prospects to 1985*, 2 Bände, Paris 1974.

sehr einfachen Vier-Sektoren-Modells für die langfristige Wirtschaftsentwicklung<sup>2)</sup> zum Schluß, daß für die westeuropäische Wirtschaft<sup>3)</sup> zwischen 1974 und 1990 ein jährliches Wirtschaftswachstum von 4% am wahrscheinlichsten zu erwarten ist. Das würde für diesen Raum immerhin einen Rückgang des durchschnittlichen Wachstumstrends um mehr als einen Prozentpunkt bedeuten (1953 bis 1970: 5,4%). Allerdings wird auch ein geringerer Bevölkerungszuwachs als bisher erwartet (0,5% pro Jahr gegen 0,8% zwischen 1950 und 1970). Das Wachstum der Pro-Kopf-Einkommen würde damit um 1 Prozentpunkt geringer ausfallen als nach der bisherigen Entwicklung. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte in Westeuropa jährlich um 1% wachsen. Die bereits vorhandenen Arbeitskräfteüberschüsse in Südeuropa würden sich noch erhöhen.

Die Fundierung dieser Prognose leidet darunter, daß Variable, die für die weitere Entwicklung entscheidend sein werden, ohne schlüssige Begründung vorgegeben werden: so insbesondere das Wachstum der Industrieproduktion und die Anteile der vier Sektoren (Landwirtschaft, Sachgütererzeugung, private und öffentliche Dienstleistungen).

Das Institut für Weltwirtschaft in Kiel nimmt auf Grund sehr ähnlicher sektoraler Überlegungen wie die ECE einen Rückgang des Wachstumstrends des deutschen Produktionspotentials um 0,7 Prozentpunkte auf 3,8% pro Jahr an<sup>4)</sup>. Dabei sind Verschiebungen der Nachfrage- und Produktionsstruktur im Gefolge der Energieverteuerung berücksichtigt. Als Ursachen für die Abschwächung werden weniger negative Struktureffekte der erwarteten beschleunigten Verlagerung der Beschäftigung in den tertiären Sektor angegeben, als vielmehr leicht sinkende Kapitalproduktivität und Wachstumseinbußen auf Grund der vorübergehend stark gesunkenen Investitionsneigung der Unternehmungen.

Die Arbeitsgruppe Perspektivstudien versuchte im Auftrag des Schweizerischen Bundesrates Entwicklungsperspektiven und -probleme der schweizerischen Volkswirtschaft bis zum Jahr 2000 zu erfassen<sup>5)</sup>. Die dabei verwendeten ökonomischen Modelle sind sehr einfach und wenig formalisiert, allerdings durch politische und gesellschaftliche Trends ergänzt. Auch diese Untersuchung nimmt eine Abnahme der

<sup>2)</sup> *UN/ECE: Overall Economic Perspective*. Dok. Nr. EC. AD (XII) R. 2 vom 12. Februar 1975 (unveröffentlicht).

<sup>3)</sup> Ohne südeuropäische Entwicklungsländer und ohne Dänemark, Schweden und Großbritannien.

<sup>4)</sup> *G. Fels, K. W. Schatz: Sektorale Entwicklung und Wachstumsaussichten der westdeutschen Wirtschaft bis 1980*, Die Weltwirtschaft (Kiel) Nr. 1/1974.

<sup>5)</sup> *Entwicklungsperspektiven und -probleme der schweizerischen Volkswirtschaft Zusammenfassung*, St. Gallen/Bern 1974.

Wachstumsrate des Produktionspotentials auf Grund geringerer Beschäftigtenzuwächse und verminderter Kapitalproduktivität von durchschnittlich 4,5% (1950 bis 1972) auf rund 3% zwischen 1972 und 2000 an.

Frühere Erfahrungen zeigen, daß längerfristige Perspektiven meist durch den Eindruck unmittelbarer Struktur- und Konjunkturprobleme stark beeinflusst werden. Das dürfte auch für die angeführten Prognosen gelten, die auf Grund der gegenwärtigen Situation pessimistisch gestimmt sind. Vom rein ökonomischen Standpunkt ergeben sich jedenfalls derzeit keine Anhaltspunkte dafür, einen drastisch verringerten Wachstumspfad der Wirtschaft in den industrialisierten Ländern zu prognostizieren. Die wirtschaftliche Entwicklung wird auf längere Sicht entscheidend von Einflüssen geprägt, die ökonomisch nicht prognostizierbar sind, insbesondere von der politischen, sozialen und technischen Entwicklung.

### Mittelfristiger Trendbruch

Die Weltwirtschaft wird seit 1973 durch das Zusammentreffen verschiedener Faktoren außergewöhnlich kräftig erschüttert. Dadurch wurde das bisherige Wachstum in vielen Industrieländern unterbrochen. Eine Rezession dieses Ausmaßes hat es in Nordamerika und Westeuropa seit dem Ende des Welt-

krieges nicht gegeben. Die Konjunkturschwächen 1954 (nach dem Ende des Koreakrieges) und 1958 sowie alle Dämpfungsphasen seither haben die industrialisierten Volkswirtschaften nicht annähernd so stark getroffen wie die jüngste Krise.

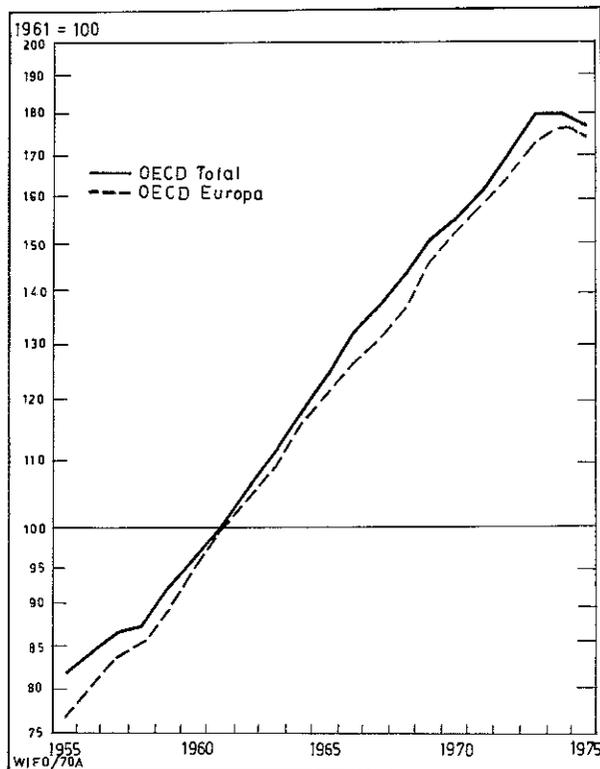
Die unerwartete Häufung von Problemen wird sehr vielfältig gedeutet. Eine wichtige Rolle wird meist dem Umstand zugewiesen, daß der Inflationsprozeß durch Änderungen der gesellschaftlichen und politischen Verhaltensweisen der Kontrolle der Wirtschaftspolitik entglitten ist. Dazu kommt als exogener Anstoß die Änderung der politischen und wirtschaftlichen Lage auf den Märkten für Rohöl und andere Rohstoffe. Die Gefahr neuer Rohstoffkartelle und die inflationären Erwartungen lösten hektische Lagerkäufe aus, die die Weltmarktpreise kräftig anheizten. Aufgefüllte Rohmateriallager und die angesichts der unsicheren Konjunkturerwartungen rasch steigende Sparquote der Konsumenten dämpften Produktionstätigkeit und Investitionspläne der Unternehmungen. In manchen Branchen sorgten das hohe Zinsniveau und die restriktive Wirtschaftspolitik zusätzlich für einen raschen Nachfragerückgang. Die Verlagerung von Devisenerträgen in Länder, die diese Kaufkraft nicht unmittelbar für Käufe in den Industrieländern nutzen konnten, verstärkte noch diese rezessiven Tendenzen.

Es würde den Rahmen dieser Studie sprengen, wenn hier versucht würde, die Kausalzusammenhänge dieses Prozesses zu analysieren. Zweifellos werden Ökonomen und Wirtschaftspolitiker aus dem dramatischen Ablauf der letzten zwei Jahre Lehren ziehen müssen. Hier müssen jedoch die Symptome der Krise auf ihre Dauerhaftigkeit und ihre mittelfristigen Effekte untersucht werden, auch wenn darüber zum Teil nur spekulative Überlegungen möglich sind

### Rohstoffpreise

Von der Mitte der fünfziger Jahre bis gegen Ende der sechziger Jahre hatte eine Periode stabiler, relativ zu den Preisen für Industrieprodukte zumeist sinkender Weltmarktpreise für Rohstoffe geherrscht. Sie wurde mit dem weltweiten Konjunkturaufschwung

Abbildung 1  
Entwicklung des realen Brutto-Sozialproduktes der OECD  
1955 bis 1975



Übersicht 1  
Entwicklungstendenzen der Weltmarktpreise

	Nahrungsmittel	Erze und Metalle	Rohstoffe <sup>1)</sup>		Häute	Erdöl	Industrieprodukte <sup>2)</sup>
			Faserstoffe	Zellstoff			
Durchschnittliche jährliche Veränderungen pro Jahr in %							
1955/1967	1,1	4,3	-0,9	-1,1	1,6	-0,6	0,9
1967/1972	9,7	0,6	5,2	5,4	-0,5	6,7	4,2
1972/1974	45,0	41,1	29,9	31,2	56,5	119,4	22,6

Q: Weltmarktpreise des „Economist“ (London) — IMF Financial Statistics. —  
<sup>1)</sup> Dollar-Basis — <sup>2)</sup> Durchschnittswerte je Tonne im Export der Industrieländer

1968/69 von zunächst mäßig, seit 1972 jedoch sehr rasch steigenden Preisen abgelöst.

Eine ähnliche Entwicklung wurde zuletzt nach dem Ausbruch des Korea-Krieges beobachtet. Allerdings war die damalige Hausse viel kürzer und ihr Ausmaß kleiner. Die Nachfrage nach Rohstoffen für die Industrieproduktion unterliegt starken konjunkturellen Schwankungen. Das Angebot ist kurzfristig wenig flexibel. Längerfristig ist der Verbrauch an Rohstoffen im Durchschnitt weit langsamer gewachsen als die Industrieproduktion.

#### Übersicht 2

#### Produktion und Welthandel nach Warengruppen 1955 bis 1972

	Produktions-	Welthandels-
	volumen	volumen
	Durchschnittliche jährliche Zuwächse in %	
Nahrungsmittel und Rohstoffe	2,6	4,3
Energie	4,3	7,7
Industrieprodukte	6,4	8,8

Q: Eigene Berechnungen aus UN Statistical Yearbook

Für viele Produkte der industriellen Erzeugung herrschten langfristig die Verhältnisse eines Käufermarktes, kurzfristige Übernachfrage führte allerdings, weil sich das Angebot nicht gleich rasch steigern ließ, immer wieder zu Preisschwankungen. Die besonders heftigen Preisbewegungen der letzten zwei Jahre, die scheinbare Analogie zur Situation auf den Energiemärkten und die von der Öffentlichkeit viel beachteten Weltuntergangsprophetieungen führten vielfach zu der Befürchtung, daß sich die industrialisierten Länder auf eine Ära hoher und noch weiter steigender Rohstoffpreise einrichten müssen. Weniger voreilige Untersuchungen lassen derzeit die folgenden Annahmen am wahrscheinlichsten erscheinen: für eine relevante Phase der Zukunft (mindestens bis zum Ende des Jahrhunderts) besteht keine mengenmäßige Knappheit an den wichtigsten Rohstoffen. Ähnlich wirkungsvolle Anbieterkartelle wie beim Erdöl sind auf längere Sicht aus politischen und ökonomischen Gründen nicht sehr wahrscheinlich. Es ist zwar damit zu rechnen, daß die Regierungen von rohstoffproduzierenden Ländern der Preisentwicklung und den Verarbeitungsmöglichkeiten größere Aufmerksamkeit schenken werden. Doch wird ein Großteil (60%) der Industrierohstoffe und Nahrungsmittel von den westlichen Industrieländern selbst exportiert. Nur rund ein Drittel stammt aus Entwicklungsländern. Trotz des Scheiterns der ersten Versuche von Indexierungsabsprachen zwischen Industrie- und Entwicklungsländern könnte sich eine verstärkte internationale Kooperation anbahnen.

Die auf längere Sicht erhöhte Labilität der Rohstoffmärkte kann jedoch immer wieder zu vorübergehen-

den Kartellierungstendenzen führen. Für die weitere Entwicklung der Rohstoffpreise bedeutet dies, daß zwar das Niveau von 1974 keineswegs gehalten werden kann. (Schon im laufenden Jahr wurde es durch die Rezession in den Industrieländern gedrückt.) Im mittel- und längerfristigen Durchschnitt ist aber nicht mehr mit fallendem, sondern am ehesten mit einem im Vergleich zu den Preisen für Industriegüter konstanten oder leicht steigendem Preisniveau zu rechnen<sup>1)</sup>. Die Produktionsstruktur der Industrieländer wird davon nur geringfügig beeinflusst werden, als inflationärer Anstoß kommt jedoch der Entwicklung größere Bedeutung zu.

#### Erdöl

Der Ablauf und die globalen Effekte der Ölkrise sind in den letzten Monaten in zahlreichen Untersuchungen eingehend behandelt worden. Die kurzfristigen Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft wurden vom Institut von verschiedenen Seiten beleuchtet<sup>2)</sup>. An dieser Stelle sollen die Annahmen über die weitere Entwicklung der Ölpreise und die Konsequenzen für die Preise anderer Energieträger kurz erläutert werden. Auf der Angebotsseite wurde Anfang der siebziger Jahre das Kartell der in der OPEC zusammengefaßten wichtigsten erdölexportierenden Länder wirksam. Der konjunkturelle Nachfragezuwachs, der rasch rückläufige Selbstversorgungsgrad des größten Verbraucherlandes, der USA, sowie politische Überlegungen einiger Mittelostländer führten zu einem Anstieg der Ölpreise zwischen 1972 und 1974 auf nahezu das Fünffache. Seit Anfang 1974 haben sich die Preise beruhigt, wodurch bei steigenden Industriepreisen die relativen Ölpreise zurückgingen. Die Bemühungen der OPEC, trotz schlechter Konjunktur und gefüllten Lagern in den Industrieländern, den relativen Ölpreis konstant zu halten, sind zunächst eher skeptisch zu beurteilen. Auf der anderen Seite ist es wahrscheinlich, daß eine neue Nachfrageintensivierung die Wirksamkeit des Kartells wieder festigen wird, weil die westlichen Industrieländer mittelfristig noch sehr stark von Erdöllieferungen aus dem OPEC-Raum abhängen und die meisten ölexportierenden Länder kurzfristig auf Einnahmen verzichten können. Damit würden sich mengenmäßige Lieferbeschränkungen wieder als sehr wirkungsvoll erweisen. Es ist klar, daß ein Abwägen dieser ökonomischen und politischen Argumente große Unsicherheiten mit sich bringt. Die

<sup>1)</sup> Die gleiche Schlußfolgerung vertritt das Institut für Weltwirtschaft in „Weltrohstoffversorgung: Konflikt oder Kooperation?“ Kieler Diskussionsbeiträge Nr. 36, Dezember 1974.

<sup>2)</sup> J. Stankovsky: Die österreichische Erdölrechnung 1974, Monatsberichte, 3/1975. — Energieversorgung und Wirtschaftsablauf, Gutachten des Institutes für Wirtschaftsforschung, Jänner 1974.

Höhe des Ölpreisniveaus wirkt sich auf die Wirtschaft der Industrieländer beträchtlich aus: Von ihm hängen unter anderem die Investitionsentscheidungen zugunsten alternativer Energiequellen und die Nachfrageverschiebungen im Verbrauch nicht nur von Energie, sondern auch von industriellen Produkten ab. Schließlich bestimmt der Ölpreis weitgehend die Kaufkraft der Ölexporture, die mittelfristig als Nachfrage in die Industrieländer zurückfließen.

Als plausible Annahme ist derzeit eine Entwicklung anzusehen, die konstante relative Preise für Öl und ihnen folgend eine entsprechende Entwicklung der Außenhandelspreise anderer Energieträger erwarten läßt. In diesem Fall würde sich keine weitere Verschiebung der Terms of Trade (Verhältnis der Exportpreise zu den Importpreisen eines Landes) zwischen den Industrieländern und den ölexportierenden Ländern ergeben. Nicht auszuschließen ist jedoch auch eine allmähliche Verbesserung der Terms of Trade für Industriegüter<sup>1)</sup>. Die Energievorschau der OECD bis 1985<sup>2)</sup> nimmt ebenfalls zwei Varianten an, und zwar relative Konstanz der Preise auf einem Niveau, das um 40% bzw. um 9% unter jenem von 1974 liegt.

Auf Grund der obigen Überlegungen wird hier angenommen, daß der relative Preis für Rohöl mittelfristig, d. h. bis zum Anfang der achtziger Jahre etwa das Doppelte bis Dreifache des Kaufkraftverhältnisses vor Beginn der akuten Krise betragen dürfte.

Übersicht 3

**Preisentwicklung für Erdöl, andere Rohstoffe und Industriewaren**  
(Dollar-Basis)

	Industriewaren <sup>1)</sup>	Erdöl <sup>2)</sup>	Kaufkraftverhältnis Rohstoffe/Industriewaren		
			Andere Rohstoffe <sup>3)</sup>	Öl/Industriewaren	Rohstoffe/Industriewaren
1972=100					
1972	100	100	100	100	100
1973	119	138	164	116	138
1974	169	477	201	282	119
1975	185	500	165	265	90
1980	250	400-700	225	∅ 220	90

Q: IMF International Financial Statistics. — Economist (London) — Eigene Prognosen. — <sup>1)</sup> Durchschnittliche Exportpreise der Industrieländer — <sup>2)</sup> Persischer Golf. — <sup>3)</sup> Index des Economist

Auch die Preise für andere natürliche Energieträger, insbesondere für Steinkohle, Erdgas und für Natururan, haben im Gefolge der Ölverteuerung angezogen. Langfristige Lieferverträge verhinderten bisher ein volles Durchschlagen auf die tatsächlich gezahlten Preise der Importeure. Für 1980 ist anzunehmen,

<sup>1)</sup> Das Wirtschaftspolitische Komitee der EG legt seinen mittelfristigen Projektionen bis 1978 beide Annahmen zugrunde (Dok II/562/74 Brüssel, Dezember 1974)  
<sup>2)</sup> OECD: Energy Prospects, op cit., S. 41.

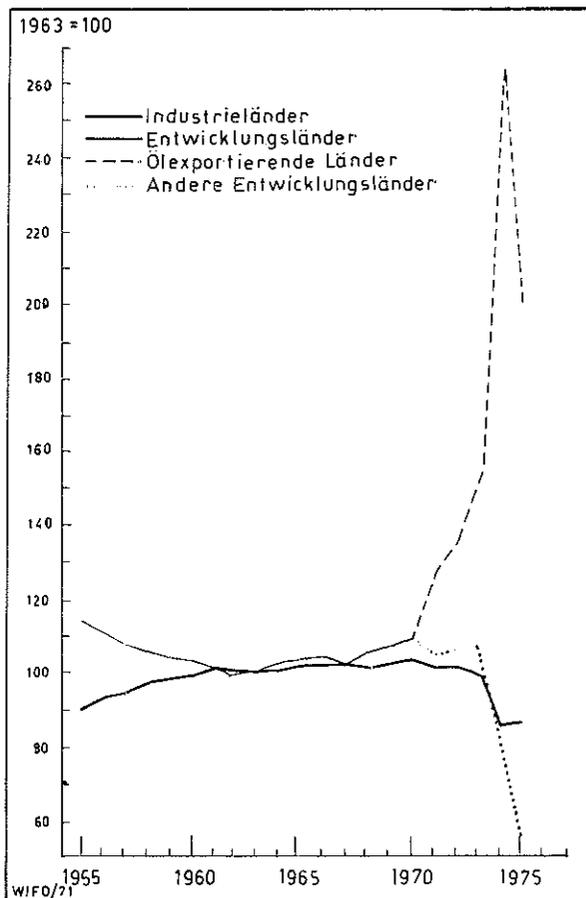
men, daß die Preise dieser Güter ungefähr entsprechend ihrem Energieäquivalent, bezogen auf das Rohöl, liegen werden

**Globale Kaufkraftverlagerung**

Zwischen 1955 und 1967 haben sich die Terms of Trade ständig zugunsten der Industrieländer verschoben. Diese Tendenz zuungunsten der Entwicklungsländer war für diese viel gravierender, weil sie fast ausschließlich Rohstoffe exportierten und Industriewaren importierten, wogegen die Industriestaaten untereinander einen immer größeren Teil ihres Handels mit Industriewaren bestreiten, zwischen denen sich die Terms of Trade nur wenig verschoben haben.

Abbildung 2

**Entwicklung der Terms of Trade 1955 bis 1975**  
(ϕ 1963 = 100)



Die jüngsten Preisverschiebungen haben zu gewaltigen Überschüssen der Ölproduzenten in der laufenden Bilanz, zu einer Verschlechterung der Leistungsbilanzen der meisten Industrieländer und zu empfindlichen Defiziten in vielen Entwicklungsländern geführt.

Übersicht 4

Salden der laufenden Handelsbilanz nach drei Regionen  
1972 und 1974

	1972	Mrd. \$ zu laufenden Wechselkursen	1974
OECD	-11		- 61
OPEC	+14		+104
Übrige Entwicklungsländer <sup>1)</sup>	-11		- 33

Q: IMF, International Financial Statistics Mai 1975 — <sup>1)</sup> Ohne Entwicklungshilfetransfers.

Unter den obigen Annahmen über die Entwicklung der Industrie-, Rohstoff- und Erdölpreise ist bis 1980 mit einem allmählichen Ausgleich der laufenden Bilanz der OECD-Länder, einem Abbau der laufenden Überschüsse der OPEC-Länder um etwa 30 Mrd. \$ und einer wahrscheinlich nach wie vor defizitären laufenden Bilanz der übrigen Entwicklungsländer zu rechnen.

Die Importmöglichkeiten der OPEC-Länder halten zunächst mit der raschen Steigerung der Kaufkraft nicht Schritt. Jüngste Schätzungen der OECD nehmen allerdings an, daß das Importvolumen der OPEC-Länder rascher wachsen wird als die Produktion in den OECD-Ländern. Der Anteil dieser Exporte der OECD am Brutto-Nationalprodukt wird von 1/2% (1974) auf 1 1/2% bis 2% in den frühen achtziger Jahren steigen<sup>1)</sup>. Bis dahin haben sich bei den OPEC-Ländern Devisen aus der laufenden Bilanz kumuliert, die eine Höhe von 200 bis 300 Mrd. \$ erreichen könnten. Daß die Zahlungen und Kredite der OPEC-Länder an andere Entwicklungsländer ausreichen werden, deren verminderte Importmöglichkeiten auszugleichen, ist kaum zu erwarten. Im Jahre 1974 erreichten solche Ströme einen Wert von rund 2 1/2 Mrd. \$.

**Inflation**

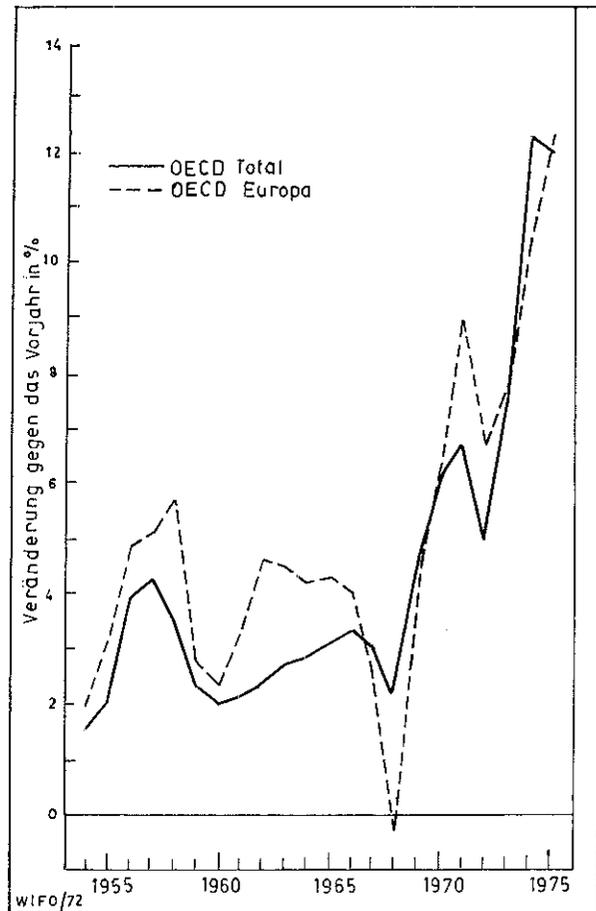
Die Industrieländer sehen sich seit dem Konjunkturaufschwung 1968/69 mit steigenden Inflationsraten konfrontiert. Die Konjunkturabschwächung 1970/71 zog entgegen früheren Erfahrungen nicht mehr eine wesentliche Dämpfung des Preisauftriebes nach sich. 1970 wurde die seit Anfang der fünfziger Jahre nicht mehr erreichte Sechs-Prozent-Marke (gemessen am Deflator des Brutto-Nationalproduktes) überschritten. Die leichte Preisberuhigung 1972 war nicht nachhaltig, und seit 1973 stiegen die Inflationsraten auf mehr als 10%.

Über die Ursachen für diese rasante Beschleunigung des Preisauftriebes, die in allen Industrieländern und auch in den Entwicklungsländern ziemlich gleich-

<sup>1)</sup> OECD: The Medium Term Balance of Payments Implications of the Oil Situation, Dok. DES/NI (75) 1, Paris, 17 Februar 1975 (unveröffentlicht)

Abbildung 3

Veränderungsraten des Brutto-Nationalprodukt-Deflators  
1955 bis 1975



zeitig auftrat, sind seither verschiedene Hypothesen aufgestellt worden. Wahrscheinlich hat das Zusammenwirken mehrerer Faktoren dazu beigetragen.

Die konjunkturelle Entwicklung dürfte als Erklärung nicht ausreichen. Die Dauer und Intensität der Aufschwungphasen 1968/69 und 1971/73 wurde im OECD-Raum von den Aufschwungphasen zwischen 1961 und 1966 deutlich übertroffen. Aber gerade in dieser Periode sanken die Inflationsraten. Auf der monetären Seite käme die zu rasche Zunahme der internationalen Liquidität wohl nur in Verbindung mit einer ungewöhnlich kräftigen konjunkturellen Beschleunigung als Hauptmotiv für den überhitzten Preisauftrieb in Frage. Verschiedene Tendenzen wirken möglicherweise längerfristig inflationär, wie etwa die aus außerökonomischen Gründen allmählich geringer werdende Effizienz der gesellschaftlichen Verteilungsmechanismen des Volkseinkommens zwischen Staat, Unternehmungen und Arbeitnehmern, Monopolisierungstendenzen in der Industrie, zunehmende Humanisierung der Arbeitswelt, Erhöhung der volkswirtschaftlichen Kosten durch

zunehmenden Umweltschutz, schließlich die vermutete inflationsfördernde Verlagerung der Beschäftigten in den tertiären Sektor. Sie alle sind teilweise schwer belegbar, teilweise auch nicht hinreichend schlüssig, wenngleich als Ursachen nicht auszuschließen. Keinesfalls vermögen sie aber die überraschend kräftige Beschleunigung Anfang der siebziger Jahre hinreichend zu erklären.

Eher könnten gravierende Tendenzänderungen auf den Weltrohstoffmärkten Anfang der siebziger Jahre den Anlaß gegeben haben, daß die Konjunkturberuhigung 1971 die Preise kaum mehr dämpfte. Dadurch wäre das oben dargestellte, labil gewordene System mit einer seit langem nicht mehr gewohnten Situation konfrontiert worden. Für diese These spricht vor allem, daß sie die Beschleunigung Anfang der siebziger Jahre zu erklären vermag und auch der Umstand, daß die Inflationsrate in den von Rohstoffimporten stärker abhängigen Ländern im Durchschnitt höher waren als in Ländern mit höherem Selbstversorgungsgrad. Seit 1970 hat die Nachfrage der Vereinigten Staaten nach Erdöl auf den Weltmärkten infolge interner Fehlentwicklungen der Energiewirtschaft rasch zugenommen. Der dadurch entstehende Nachfrageüberhang bildete die Grundlage für das Wirksamwerden des Kartells der erdöl-exportierenden Staaten. Zudem haben sich nach langen Jahren weltweiter Überschüsse 1972 auch die Nahrungsmittelmärkte in Verkäufermärkte gewandelt. Dazu trugen vor allem schlechte Ernten in großen Verbraucherländern (besonders der Sowjetunion) bei. Der geringere Selbstversorgungsgrad wichtiger Verbraucherländer und Angebotsbeschränkungen — Kapazitätserweiterungen unterblieben infolge der langfristig sinkenden Rohstoffpreise, politische Umstürze und Streiks führten zu Lieferausfällen — kennzeichneten in ähnlicher Weise die Lage auf den internationalen Märkten für einige Metalle, Kautschuk und Naturfasern, noch ehe die durch den Auftrieb ausgelöste Haussespekulation 1972/73 massiv einsetzte.

Ende 1973 trat zu dieser bereits sehr unstabilen Situation der Schock der Ölverteuerung und die Gefahr von Lieferbeschränkungen hinzu. Die Folgen wogen zu diesem Zeitpunkt viel schwerer als unter normalen Umständen. Die OECD hat errechnet, daß die direkten Effekte und die induzierten Preiserhöhungen anderer Energieträger und der Mineralölsteuer das Preisniveau in den OECD-Ländern allein um 3½% erhöht haben dürften<sup>1)</sup>. Die Beschleunigung des Anstieges der Konsumgüterpreise in den Industrieländern wurde zu mehr als der Hälfte durch

die direkten Effekte der Verteuerung der Energie verursacht

Der nun weit höhere Anteil der Ölimporte an den Gesamtimporten und am Produktionsvolumen läßt in Zukunft jede weitere Erhöhung der Ölpreise direkt und indirekt mit rund einem Zehntel auf das allgemeine Preisniveau der Industrieländer durchschlagen.

1974 gaben die Preise für Rohstoffe infolge der nachlassenden Konjunktur und des Zusammenbruches der Lagerspekulation wieder nach. In den Industrieländern ist jedoch die Überwälzung der importierten Inflation und die Aufteilung der Realeinkommenseinbußen noch nicht abgeschlossen, so daß nach wie vor Preisauftriebstendenzen bestehen. Mittelfristig ist allerdings anzunehmen, daß sich die Preise weiter beruhigen werden, bis ein neuer Konjunkturaufschwung wieder zu Kapazitätsanspannungen führt.

Die mittelfristigen Wirtschaftsprognosen für die Industrieländer gehen überwiegend davon aus, daß sich der jährliche Preisanstieg in den kommenden Jahren stark verlangsamen wird. Labilere Weltmärkte, Überhitzungserscheinungen in einzelnen Branchen, Verschiebungen zu den öffentlichen Haushalten und der Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft werden jedoch eine Rückbildung der säkularen Inflation auf frühere beobachtete Trendwerte von 2% bis 3% zunächst verhindern. Im Durchschnitt der Jahre 1976 bis 1980 ist daher am ehesten mit Preissteigerungen der Inlandspreise um 5% bis 6% zu rechnen.

### Internationale mittelfristige Wirtschaftsaussichten

Fundierte mittelfristige Wirtschaftsprognosen liegen derzeit nur für wenige Länder vor. Neue Prognosen werden von der OECD vorbereitet, die Europäischen Gemeinschaften arbeiten derzeit am vierten Mittelfristigen Programm. Die verfügbaren Prognosen für die kommenden fünf Jahre gehen übereinstimmend davon aus, daß die restriktiven konjunkturellen Tendenzen im Jahre 1976 von neuen Auftriebskräften abgelöst werden. Sie sollen von den Konjunkturbelebungsmaßnahmen der Regierungen, vom Ende des Lagerabbaues sowie von einer weiteren Belebung der Exportnachfrage der erdöl-exportierenden Länder, vor allem nach Investitionsgütern und Einrichtungen der Infrastruktur, ausgehen.

Die geringe Investitionsneigung in der Rezession und die strukturellen Anpassungsprobleme der Industriestaaten bedeuten mittelfristig eine Beschränkung des Wachstums des Wirtschaftspotentials. Für den Zeitraum 1975 bis 1980 wird der Wachstumsverlust auf Grund des Trendbruches auf 1% bis 2% pro Jahr geschätzt.

<sup>1)</sup> OECD: CPE/TWP (75) 1, Impact of Oil Market Developments on Inflation, Paris, 26. März 1975 (unveröffentlicht).

Die besonders niedrige Kapazitätsauslastung in den meisten Industrieländern im Jahre 1975 ergäbe dennoch einen beträchtlichen Wachstumsspielraum für die Aufschwungphase. Setzt man den Durchschnitt der gesamtwirtschaftlichen Kapazitätsauslastung zwischen 1960 und 1973 gleich 100, so müssen für 1975 Werte um 95, in einigen Ländern (Deutschland) sogar nur von 92 angenommen werden. Das tatsächliche Wachstum in den nächsten fünf Jahren könnte daher jährlich um rund einen Prozentpunkt höher sein als das der Produktionskapazitäten, ohne daß 1980 eine überdurchschnittliche Kapazitätsauslastung erreicht würde. Die Mehrzahl der Prognosen scheint derzeit dieser Hypothese zuzuneigen. Sie bedeutet freilich, daß auch 1980 noch mit einer höheren Arbeitslosigkeit als im Tiefstand der Jahre 1970 bis 1973 zu rechnen ist, zumal in mehreren Ländern die Zahl der inländischen Erwerbsfähigen gerade in den kommenden Jahren ungewohnt stark zunehmen wird. Dadurch werden angesichts der nach wie vor geringen Investitionsneigung schwierige beschäftigungspolitische Probleme aufgeworfen.

Die Einschätzung des tatsächlichen Wachstums weicht von Land zu Land außerordentlich stark ab. Die Unsicherheiten über die sich daraus ergebenden Perspektiven für den Welthandel sind so groß, daß auch die Experten der Europäischen Gemeinschaften derzeit mit zwei Varianten für das Wachstum des Welthandelsvolumens rechnen: mit 8½% und mit 5½% pro Jahr. Optimistischer wird die Entwicklung derzeit vor allem in *Skandinavien* (Norwegen und Schweden) eingeschätzt. *Dänemark* und *Finnland* hingegen rechnen nicht mit einer Vollaustattung der Kapazitäten bis 1980. Im allgemeinen erwarten Länder mit größeren Zahlungsbilanzschwierigkeiten, zu denen neben Dänemark vor allem *Großbritannien* und *Italien* zu zählen sind, daß die Wirtschaftspolitik nur eine vorsichtige Wiederbelebung der Nachfrage zulassen wird. Großbritannien muß allerdings auch noch das Problem der galoppierenden Inflation lösen. Andernfalls wäre nicht nur die Binnenwirtschaft gefährdet, sondern es ergäben sich auch sehr nachteilige Folgen für seine wichtigsten Handelspartner. *Deutschland* und *Frankreich* rechnen mit einer geringeren Potential-Wachstumsrate und auch einem deutlich unter dem Trend der letzten Jahre liegenden tatsächlichen Wachstum. Immerhin hofft man in beiden Ländern Durchschnittswerte um 4% erzielen zu können. Für die *südeuropäischen* Länder

treten zusätzliche Probleme auf, weil sich die Struktur des Welthandels zugunsten fertiger Investitionsgüter verschoben hat, die diese Länder in geringerem Maße produzieren können, und weil der Rückstrom von bisher im Ausland beschäftigten Arbeitskräften schwierige Probleme der Arbeitsbeschaffung auslöst. *Japan* ist bisher das einzige Industrieland, wo sich nach einer langen Wachstumsperiode mit Durchschnittswerten von 10% eine neue politische Einstellung zum Wirtschaftswachstum durchgesetzt zu haben scheint. Überdies hat sich dort der Spielraum für einen weiteren Aufholprozeß gegenüber den höchstentwickelten Industriestaaten verkleinert. Eine Verringerung auf einen Wachstumstrend von rund 7% ist dort wahrscheinlich. Die *amerikanische* Konjunktur, deren Belebung Mitte 1975 in Gang gekommen sein dürfte, könnte in beträchtliche freie Kapazitäten hineinwachsen, ohne durch Zahlungsbilanzüberlegungen ernstlich behindert zu sein. Die inflationären Tendenzen werden jedoch in den USA voraussichtlich anhalten und könnten früher oder später Anlaß für neuerliche restriktive Eingriffe geben. Die amerikanische Regierung rechnet nicht damit, die gegenwärtig hohe Arbeitslosigkeit bis 1980 auf die frühere Rate von 4% bis 5% senken zu können.

Übersicht 5

**Prognosen der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung  
1975 bis 1980**  
(Stand September 1975)

	Durchschnittlicher jährlicher Zuwachs des realen Brutto-Sozialproduktes in %		
	1961/73	1973/75	1975/80 <sup>1)</sup>
Österreich	5,0	1,0	3½ <sup>2)</sup>
Bundesrepublik Deutschland	4,6	-1,8	4
Frankreich	5,6	-0,3	4 -4½
Italien	4,9	0,2	4
Großbritannien	2,8	-0,4	2½
EG insgesamt	4,6	-0,7	3½-4
Schweiz	4,1	-2,4	3
Schweden	3,8	1,4	3½
OECD Europa	4,8	-0,2	3½-4
USA	4,5	-2,8	5
Japan	10,0	-0,8	7
OECD insgesamt	5,0	-1,0	4½

Q: Verschiedene nationale und internationale Quellen und eigene Schätzungen — <sup>1)</sup> Prognose des tatsächlichen Wachstums vom Niveau 1975 bis zum Jahre 1980 für das durchschnittliche Konjunktur angenommen wird. — <sup>2)</sup> Vorläufige Hypothese des Institutes.

Helmut Kramer